

# Koalitionsvertrag 2025: Eine Einschätzung von LocalZero

## **Eine Chance für Kommunen im Klimaschutz**

Der [Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD](#) markiert einen klimapolitischen Stillstand. Kommunale Stimmen kritisieren den Vertrag vor allem hinsichtlich fehlender struktureller Finanzierung (Deutscher Landkreistag) und mangelnder Klarheit in der Aufgabenübertragung (Städtetag NRW). Gleichzeitig eröffnet er den Kommunen aber auch die Chance, Verantwortung und Selbstbestimmung beim Klimaschutz zu übernehmen!

Was bedeutet der Koalitionsvertrag konkret für Klimaschutz auf kommunaler Ebene? Welche Handlungsmöglichkeiten bietet der neue Koalitionsvertrag den Kommunen im Klimaschutz jetzt noch? Die folgende LocalZero-Einschätzung gibt Orientierung, Impulse für Kommunen und konkrete Ideen für Lokalteams.

### **Thematische Inhalte**

Finanzierung  
Energie  
Wärme  
Verwaltung, Förderwesen, Bürokratie(abbau)  
Verkehr  
Klimaanpassung & Landwirtschaft

## Finanzierung

### Was steht im Koalitionsvertrag?

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen für Klimaschutz bleibt weiterhin unzureichend ausgestattet. Das im Koalitionsvertrag angekündigte „Zukunftspaket“ will Kommunen zwar besser absichern, enthält aber keine notwendigen verbindlichen Mittelzusagen, obwohl Förderstrukturen verschlankt, Bürokratie abgebaut und Mittel pauschalisiert werden sollen. Auch die Altschuldenauflösung ist nicht ausreichend ausgestattet, um den Kommunen finanzielle Sicherheiten für zukünftige klimapolitische Ausgaben zu geben. Der Einklang von Bedarfen und zugestandenem Zuwendung mit verbindlichen klimapolitischen Bezügen vom Bund auf die Kommunen sind maximal schwach ausgearbeitet. Dazu: Angesichts des Beschlusses zum Sondervermögen, der den Kommunen nur maximal [20 % der Mittel zugesteht, obwohl sie über 60% der gesamten Zukunftsinvestitionen](#) tragen, verdeutlicht den Handlungsbedarf zusätzlich.

### LocalZero bewertet:

- Keine Konkretisierungen für verbindliche Finanzierung mit klimapolitischem Bezug
- Nicht ausreichende und intransparente Ausarbeitung der Altschuldenauflösung
- Reform & Bürokratieabbau des Förderwesens prinzipiell begrüßenswert
- Neue Verpflichtungen für Kommunen nur mit entsprechender finanzieller Ausstattung vom Bund – solange nicht an anderer Stelle an Klimaschutz gespart wird
- Reformierung Fördermittelantrag: Pauschalierungen und Digitalisierung - ein integrierter Klimacheck ist hier erstrebenswert

### Was können Kommunen tun?

- Reformentwürfe formulieren (z. B. über kommunale Spitzenverbände) und damit einhergehende positive Veränderungen innerhalb der Bürgerschaft aufzeigen
- Bedarfe & Strategien mit klar bezifferten klimapolitischen Investitionen vorlegen
- Alternative Finanzierungsmodelle und Akteure pilotieren (z. B. Klimafonds, Bürger:innenbeteiligung)
- Kosten sparen: Klimaschutz in bereits geplante Maßnahmen integrieren

### Ideen für Lokalteams:

- 💡 Dialoge mit der Verwaltung zu alternativer Klimafinanzierung führen
- 💡 Transparenz: Klimacheck der Haushaltsplanung: Welche Mittel fließen in Klimaschutz?
- 💡 Kampagne: Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz im GG verankern (Konnexitätsprinzip)

## Energie

### Was steht im Koalitionsvertrag?

Im Bereich Energie sind vor allem drei Punkte zu betonen: Die neue Regierung korrigiert das Enddatum des Kohleausstieg von 2038 nicht nach oben und streicht zusätzliche Ambitionen den Kohleausstieg „idealerweise 2030“ zu vollziehen! Zudem wird der Kohleausstieg als auch der Ausbau von Erneuerbaren, an den erneuerter Gaseinstieg gekoppelt. Zwar soll am Europäischen Emissionshandelssystem (ETS) festgalten werden, dieser wird aber nicht ausreichend sein, um fossile Energien unattraktiv zumachen. Es wird am Ausbau Erneuerbarer festgehalten, aber ohne konkrete Ausbauziele. Der Ausbau der Windkraft zwar betont, aber mit neuer Flächenevaluation birgt dies zunehmend Unsicherheiten in der Umsetzung.

### LocalZero bewertet:

-  Gasförderungen verfestigen fossile Pfade
-  Kohleausstieg 2038 ist zu spät
-  Beibehaltung ETS nicht ausreichend, um fossile Energien unattraktiv zu machen
-  Ausbaus Erneuerbarer bleibt gleich, aber ohne konkrete Ausbauziele
-  Windkraftausbau mit kommunalen Mitspracherechten ist positiv

### Was können Kommunen tun?

- Kommunale Ausbauziele mindestens an Klimazielen anpassen
- Neue Kooperationen (über Kommunengrenzen hinaus) eingehen
- Windvorranggebiete ausweisen, Bürgerenergie fördern
- Energieplanung lokal verankern und mit Wärmeplanung verzahnen
- Kohlekraftwerke können auch früher abgestellt werden (Beispiel [Hannover](#))

### Ideen für Lokalteams:

-  Kampagnen Gasausstieg
-  Infoabend: Bürgerenergie & Genossenschaften vor Ort stärken

## Wärme

### Was steht im Koalitionsvertrag?

Das Gebäude-Energie-Gesetz, GEG, das u.a. die Wärmewende regelt, soll abgeschafft werden. Alternativen mit deutlichen Verbesserungsvorschlägen bleibt der Vertrag schuldig. Kommunale Wärmeplanung soll durch Aufstockung und gesetzliche Verankerung der BEW-Förderung jedoch gestärkt werden. Dazu sollen allerdings fossile Gasförderung, Biomasse und ineffiziente Wasserstoffnetzwerke als falsche klimafreundliche Alternativen dienen, um die Wärmeversorgungssicherheit zu gewährleisten.

### LocalZero bewertet:

-  Alternativlose Abschaffung des GEG
-  Ausbau von Gasinfrastruktur
-  Wasserstoff als ineffiziente, teure, kurzfristig nicht umsetzbare Alternative
-  Biomasse als nicht nachhaltige Wärmetechnologie
-  Aufstockung von Förderung: Wärmeplanung braucht jedoch langfristige Sicherheit und Investitionsklarheit

### Was können Kommunen tun?

- Wärmeplanung frühzeitig starten
- nur fossilfreie und ökonomisch und ökologisch effiziente Energie nutzen
- Beteiligung der Öffentlichkeit fördern
- Neue Kooperationen (über Kommunengrenzen hinaus) eingehen

### Ideen für Lokalteams:

-  WärmeGuide von LocalZero nutzen (in Kooperation mit Verwaltung)
-  Infoabend „Wärmewende vor Ort“ mit Stadtwerken und Bürger:innen organisieren
-  Kampagne: Kommunale Wärmewende

## Verwaltung, Förderwesen und Bürokratie(abbau)

### Was steht im Koalitionsvertrag?

Die geplante Vereinfachung, Digitalisierung und Pauschalisierung von Förderprogrammen wird im Koalitionsvertrag hervorgehoben. Zudem sollen Kommunen mehr Handlungsspielraum und Eigenverantwortung erhalten, was ambitionierten Kommunen bei der Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen helfen kann.

### LocalZero bewertet:

- Erleichterungen können Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen beschleunigen
- Ausschlaggebend ist, dass klimapolitische Aspekte bei den Förderprogrammen zentral sind
- Aber: fehlende verbindliche Klimaziele, ohne diese laufen Fördermittel ins Leere

### Was können Kommunen tun?

- Fördertöpfe gezielt für Klimaprojekte nutzen
- Monitoring und Rechenschaft zu Mitteleinsatz etablieren
- Beteiligungsformate schaffen, um Wirkung zu steigern

### Ideen für Lokalteams:

💡 Beteiligungsprojekt zur Mitentscheidung über kommunale Fördermittel und dadurch Klimaschutz stärken

## Verkehr

### Was steht im Koalitionsvertrag?

Die neue Regierung setzt den Fokus auf den Ausbau von motorisiertem Individualverkehr, dieser wird fortgeführt und ihm zudem eine wichtige Bedeutung im ländlichen Raum zugewiesen. Dabei bleibt die Förderung von E-Mobilität schwach ausgeprägt. Das Deutschlandticket soll weitergeführt werden, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz entbürokratisiert und aufgestockt. Positiv ist auch: klimaneutrale Busflotten im ÖPNV sollen gefördert werden. Der Fuß- und Radverkehr wird hingegen kaum erwähnt.

### LocalZero bewertet:

-  Straßenbau dominiert – das zementiert motorisierten Individualverkehr
-  Rad- und Fußverkehr kommen zu kurz
-  ÖPNV-Ausbau bleibt unzureichend und die Finanzierung unklar
-  Fortführen des Deutschlandtickets
-  Flottenumrüstung klimafreundliche Busse

### Was können Kommunen tun?

- Mobilitätskonzepte mit Fokus auf Umweltverbund entwickeln
- Auf integrierte Verkehrsplanung setzen
- Verkehrswende konkretisieren
- Neue Kooperationen (über Kommunengrenzen hinaus) eingehen

### Ideen für Lokalteams:

-  Bürgerdialog: Verkehrswende vor Ort – mit Verwaltung und Zivilgesellschaft
-  Fahrraddemo organisieren

## Klimaanpassung & Landwirtschaft

### Was steht im Koalitionsvertrag?

Es wird geprüft, Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern, um Bund, Länder und Kommunen strukturell zusammenwirken und finanziell stützen zu können. Die Verstärkung des Aktionsprogramms natürlicher Klimaschutz und darin beinhaltender Moorschutzstrategie wird betont. Hier, wie auch beim Thema Ernährung, wird allerdings stark auf Freiwilligkeit verwiesen. Ein Naturflächenbedarfsgesetz soll die Ausweisung von Ausgleichsmaßnahmen erleichtern und die Notwendigkeit des naturschutzrechtlichen Ausgleichs reduzieren. Bei der Nutztierhaltung sollen Hürden in der Tierhaltung reduziert werden. Ökologische und konventionelle Landwirtschaft werden gleichwertig behandelt und die Agrardieselsubvention wird wieder eingeführt.

### LocalZero bewertet:

-  Defossilierung der Landwirtschaft wird nicht konkretisiert
-  Viel Einsatz von individueller Freiwilligkeit anstatt Regulierungen
-  Anerkennung ländlicher Räume als Schlüsselorte für Klimaschutz (aber unzureichende Unterstützung)
-  Klimaanpassung als kommunale Aufgabe
-  Verknüpfung von Natur- und Klimaschutz: Förderung naturnaher Klimaschutzmaßnahmen mit dem Aktionsprogramm

### Was können Kommunen tun?

- Personalstellen für Klimaanpassung schaffen & Klimaanpassungskonzepte erstellen: Hitzeaktionspläne, Schwammstadtprinzip und Grünflächenerhalt
- Klimaanpassung mit Stadtentwicklung und Gesundheitsvorsorge verzahnen
- Förderprogramme (z. B. KfW, BMUV) gezielt nutzen
- Nutzung von Runden Tischen, Beteiligungsverfahren, Flächenkooperationen zur gemeinsamen Umsetzung, Kooperation mit Landwirtschaft und Naturschutz
- Kooperationen für Klimaschutz- und -anpassungsstrategien über Gemeindegrenzen hinweg initiieren

### Ideen für Lokalteams:

-  Werkstattgespräch: „Zukunft Dorf – Klimaschutz als Standortvorteil“
-  Kampagne: Gemeinsam stark – interkommunale Zusammenarbeit anstoßen
-  Infoabend: „Hitzeschutz im Quartier“ – Maßnahmen für Gesundheit und Lebensqualität
-  Radtour oder Stadtspaziergang: Wo bleibt's kühl? – Klimaoasen sichtbar machen

## Fazit

Positiv ist erstmal, dass die neue Regierung im Vergleich zur alten zumindest in Ansätzen die finanziellen Engpässe der Kommunen adressiert und Lösungen anbietet – wenn auch nicht ausreichend, ist dies der erste Schritt, um den Kommunen Stabilität für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu geben. In den meisten anderen Bereichen macht die Regierung aber eindeutige klimapolitische Rückschritte und behält so viele Leerstellen für die Kommunen bei – insbesondere deutlich wird dies durch den erneuten Ausbau von Gaskraftwerken und der Rücknahme von klimabezogenen Regelungen im Bereich der Landwirtschaft. Ansonsten hat die Regierung keine neuen Ideen für den Klimaschutz und bewegt sich lediglich im Rahmen der gesetzlichen Mindestanforderungen. Dieser Koalitionsvertrag weist umfangreiche Schwächen auf, die darauf schließen lassen, dass wir so die gesetzlich vorgeschriebenen nationalen Klimaziele langfristig nicht erreichen können. Wenn Klimaschutz, so auf die Verantwortung der Kommunen zurückfällt, die aufgrund der Auswirkungen der Klimakrise vor Ort ja generell zum Handeln gezwungen sind, muss die Regierung stärkere Zugeständnisse hinsichtlich einer zuverlässigen Unterstützung der Kommunen machen und ausreichend langfristige Finanzierung garantieren. Denn mit klaren Zielen, weniger Bürokratie und ausreichender finanzieller Ausstattung könnten Städte und Gemeinden zu echten Klimavorreiter:innen werden.

### **Kontakt & Unterstützung**

**Bei Rückfragen einfach eine E-Mail an**

[localzero@germanzero.de](mailto:localzero@germanzero.de)